

Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und außen

Kritik am Neoliberalismus als *dem* Leitmotiv nationaler und internationaler Politik ist das Mantra von Globalisierungskritikern und –gegnern, Friedensbewegten und Aktivisten für Umweltschutz und gegen Sozialabbau. Während dieses Verdikt früher eindeutig auf die Liberalen und teilweise die Union zielte (sowie weltweit auf die USA und die von ihnen dominierten internationalen Institutionen), geraten inzwischen auch die Vertreter/innen der Regierungskoalition in die Schusslinie.

1. Das Ende der neoliberalen Globalisierung

Trifft die Kritik? Hier soll die These begründet werden, dass sie der internationalen politischen Realität nicht mehr entspricht, da sich die USA von der Rolle eines Förderers neoliberaler Politiken aus wohlbegründetem Eigeninteresse längst entfernt haben (Spangenberg 2002), und dass gerade deshalb der politische Spagat der deutschen Politik zwischen Festklammern an neoliberalen Glaubenssätzen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik und dem Versuch, alternative Modelle in der Arbeits- und Sozialpolitik zu etablieren, hilflos ist und gestrig wirkt. Nach innen sind die Folgen desaströs: die von der Sozialdemokratie verantwortlich implementierten und als alternativlos dargestellten neuen Funktionsmodi des Sozialstaats haben dazu geführt, dass nach einer Infratest-Umfrage (Sperber, Riegger 2004) über 80% der Bevölkerung in der SPD keine Partei mehr sehen, die „die Interessen der kleinen Leute“ wahrnimmt. Eine andere Politik ist dringend von Nöten, im Interesse der Bevölkerung wie der Regierungspartei. Die Handlungsspielräume, derer es dazu bedarf, sind durchaus gegeben; allerdings muss man sich von der Zwangsvorstellung einer alternativlosen Hegemonie der neoliberalen Globalisierung frei machen, um sie zu erschließen.

Neoliberalismus – was war das noch gleich?

Neoliberalismus ist eine politisch-gesellschaftliche Ideologie. Der Begriff wurde in Deutschland zunächst für die soziale Marktwirtschaft benutzt, um sie von der älteren, wirtschaftsliberalen Ideologie von Manchester-Kapitalismus und Sozialdarwinismus abzugrenzen (Meyers 1983). In den letzten 20 Jahren wurde der Begriff „anglisert“, d.h. dem Sprachgebrauch insbesondere in den USA angepasst, wo die seit Reagan tonangebenden „Neoliberalen“ gerade diesem alten, nicht sozial gebändigten Kapitalismus eine heilsame Wirkung gegen Wachstumsschwäche, Werteverfall und sinkende Gewinne sahen. Er beruht ökonomisch auf einer orthodox-neoklassischen Wirtschaftstheorie, ist politisch libertär und anti-etatistisch sowie sozial von traditionellen (autoritären) Rollenvorstellungen geprägt.

Fünf Kriterien werden häufig genannt, um den Neoliberalismus von anderen Ideologien zu unterscheiden:

1. das *Primat des Marktes über die Politik* und das wirtschaftlicher über nationale Interessen als grundlegende Überzeugung. Der Markt ist gut, wenn man ihn nicht stört, und Politik ist schlecht, weil sie genau das ständig tut, anstatt nur Rahmenbedingungen wie eine verlässliche Eigentums- und Wettbewerbsordnung zu garantieren;
2. die Überzeugung, dass ein freier, d.h. *deregulierter Markt effizient und zuverlässig problemlösend* ist und im Selbstlauf zu Gleichgewichtssituationen führt. Mit anderen Worten: alle möglichen gesellschaftlichen Probleme, von Umweltbelastung bis Arbeitslosigkeit, sind nur entstanden, weil die ausgleichende Funktion des Marktes durch externe Intervention gestört wurde, Deregulierung trägt damit auch zu Vollbeschäftigung und Umweltschutz bei;
3. das zentrale Mittel, diese problemlösende Wirkung des Marktes zur vollsten Entfaltung zu bringen ist ein *grenzenloser Wettbewerb*, der nicht durch soziale, ökologische oder andere politische Überlegungen gestört wird. Solche Störungen

- des Wettbewerbs würden nur die Adjustierung durch den Markt behindern oder verzögern und sind damit letztlich kontraproduktiv;
4. Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Form führt zur Ausschöpfung komparativer Kostenvorteile, ermöglicht den armen Ländern Entwicklung und den reichen kostengünstigen Konsum. Damit steigen Einkommen und Konsumniveau in Nord wie Süd, es handelt sich um eine win-win-Strategie, die so erhalten bleiben sollte;
 5. Die nationalen Regierungen haben ihre Handlungsfähigkeit schon lange verloren, da auch sie an die Regeln des Weltmarktes gebunden sind, und die machen die Märkte selbst, nicht die Regierungen¹. Für das wirtschaftliche Wohlergehen ist es gut, dass die Hauptakteure transnationale Konzerne sind, die nicht an ökonomisch widersinnige nationale Interessen und Rücksichten gebunden sind.

Heute ist jedoch keines dieser Kriterien mehr erfüllt – und am wenigsten treffen sie auf die Politik der USA zu: strategische nationale Interessen dominieren dort über die Regeln des Marktes. Der Zugang zu Öl im Irak, zu den Gaspipelines in Afghanistan (im Kosovo?), zu den Ressourcen Usbekistans und anderer Staaten Zentralasiens wird nicht über Marktmechanismen gesichert, sondern durch die militärische Präsenz des Staates.

Auch in der US Innenpolitik dominiert das Interesse einzelner Akteure über die Wirtschaftsprinzipien des Neoliberalismus: massive Agrarsubventionen (mit denen der EU vergleichbar), Subventionen und Handelsbeschränkungen zugunsten der Stahlindustrie, der Waffenhersteller, der Textilindustrie etc. verletzen die Grundregeln des Freihandels und des Wettbewerbs. Die Regeln der WTO werden nicht eingehalten, ihre Schiedssprüche unterlaufen und konterkariert, und von Seattle bis Doha reicht die Reihe der Beispiele, wie die Kompromissunfähigkeit der USA (teils unterstützt von der EU) weltweite Deregulationsabkommen torpediert hat.

Im Irak vergibt die Besatzungsmacht Verträge unter Verletzung internationalen Rechts nicht an Firmen aus missliebigen Ländern, sondern (z.T. ohne Ausschreibung und Wettbewerb) exklusiv an US-Konzerne, meist Großspender der Bush-Kampagne. Von diesen erwartet die US-Regierung explizit, dass sie die langfristige Versorgung der USA mit Ressourcen sicherstellen, d.h. das nationale Interesse höher stellen als Marktsignale, wie eventuelle lukrative Angebote aus Europa oder Japan. Die USA als Staat verstehen sich insofern als über den Marktkräften stehend, und sie sind willens dies mit Hilfe des einzigen Mittels durchzusetzen, über das sie verfügen: militärische Gewalt. Macht statt Markt dominiert die internationalen Verhältnisse, und dazu wird in den USA der Staat (nicht nur die Sicherheitsorgane) massiv aus- und nicht etwa abgebaut. Dieser dient dabei weniger denn je als Instrument des gesellschaftlichen *Interessenausgleichs*, sondern stärker als in der jüngeren Vergangenheit als Instrument der *Interessendurchsetzung*.

Globalisierung

¹ Diese Auffassung ist zwischen den USA und der EU umstritten, die mit diesen unterschiedlichen Auffassungen und Zielen in die Doha-Runde der WTO-Verhandlungen gegangen sind. Die USA verfolgen eine Strategie der vollständigen Deregulierung auf bilateraler Basis (mit rigiden Schutzklauseln zugunsten der heimischen Wirtschaft, wie Anfang 2004 Australien und vorher Singapur, Chile und Marokko bemerken mussten); die Forderung nach multilateralen Vereinbarungen wird zwar aufrecht erhalten, aber nicht mehr energisch verfolgt. Europa folgt einer anderen Denktradition. Robert Zoellnik, der höchste US-Vertreter in den Handelsverhandlungen, beschreibt diesen unterschiedlichen Ansatz: "the EU's distinguishing agenda is to 'widen' the WTO mandate by developing new rules to cover more topics. [...] It wants gradually to achieve a supranational system of governance for globalisation", während die USA es vorziehen, "that rules should be forged first through the market, rather than through government controls" (Zoellnik 2002). Aus europäischer Sicht sind Märkte ein *Optimierungsmechanismus*, während die Politik einen *Orientierungsmechanismus* darstellt. Sie setzt die Rahmenbedingungen fest, nach denen die Optimierung dann ablaufen soll. Nach der traditionellen neo-liberalen Auffassung der USA sind dagegen Märkte eher selbstorganisierende Einheiten, die sich selbst Ziele setzen und Optimierungen vornehmen; die Politik sollte in diese Prozesse so wenig wie möglich eingreifen.

Das zweite Schlagwort, das seit gut einem Jahrzehnt als Begründung der jeweiligen Politik genutzt wird, ist die Globalisierung. Dabei ist zu differenzieren zwischen den faktischen Trends der ökonomischen Entwicklung und dem Globalisierungsdiskurs, der weit über die ökonomischen Implikationen der realwirtschaftlichen Gegebenheiten hinaus eine eigenständige politische Wirksamkeit entfaltet (Young 2004).

Ökonomisch ist die Verflechtung der Volkswirtschaften auf einem Niveau angelangt, das dem des späten 19. Jahrhunderts entspricht, und auch die Art des Güterausstausches (Fertiggüter zwischen den Industriestaaten, Rohstoffe und Zwischenprodukte aus dem Süden) ist weitgehend unverändert. Neu sind im wesentlichen drei Dinge:

- das absolute Volumen der geförderten und verarbeiteten Rohstoffe und Güter, das zu globalen ökologischen Problemen führt,
- die Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke, die den Weltmarkt segmentieren, und
- die Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft.

Die vielzitierten Wirkungen der globalen Kommunikation, der Flüchtigkeit des Kapitals etc. beziehen sich im wesentlichen auf den dritten Sachverhalt; eine Verlagerung von Produktionsstätten findet im wesentlichen innerhalb der Wirtschaftsblöcke wie NAFTA oder EU sowie in begrenztem Umfang zwischen ihnen statt, nur sehr begrenzt jedoch in Bereiche außerhalb der Blöcke. So verbleiben weit über 80% der gesamten Handelsströme in NAFTA und EU innerhalb des jeweiligen Blocks, was diesen wiederum den Charakter von Binnenmärkten mit weitgehenden Handlungs- und Regulationsmöglichkeiten verleiht (die in der EU stärker ausgeschöpft werden als in Nordamerika). Insofern ist es konsequent, dass mit der Einführung des EU-Binnenmarktes auch Harmonisierungen im Umweltrecht (inzwischen überwiegend europäische geregelt) wie in den sozialen Sicherheitssystemen (nicht identisch, sondern nach dem Äquivalenzprinzip) vorangetrieben wurden. Auch die geringeren Lohnkosten in der Peripherie der Blöcke haben insofern nur eine begrenzte Wirkung, als sie in aller Regel mit geringeren Produktivitäten verbunden sind; die wirtschaftlichen entscheidenden Lohnstückkosten liegen in den Zentren, so in der Bundesrepublik, meist niedriger als in den umgebenden Niedriglohnezonen. Schließlich machen heute die Lohnkosten nur noch ca. 15% der Produktionskosten aus – andere Faktoren sind wichtiger und sprechen gegen eine Verlagerung.

Trotz der nur begrenzten Globalisierungseffekte dauert jedoch die Beschwörung einer Standortschwäche an, die im internationalen Wettbewerb zu einem Abbau sozialer Leistungen zwingen würde. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass die Bundesrepublik nicht der Verlierer, sondern einer der größten Gewinner der Globalisierung ist, wie die stetig steigenden Handelsbilanzüberschüsse zeigen. Diese sind zudem der direkte Ausdruck eines Vergleichs der Standortqualitäten, wie ihn der Markt vornimmt: wer im Handel mit anderen einen Überschuss erzielt, verfügt gegenwärtig über den besseren Standort, und wer „Exportweltmeister“ ist, stellt einen der besten Standorte der Welt dar, denn er produziert besser und/oder preisgünstiger als die Konkurrenz. Fraglich ist dann lediglich, ob diese privilegierte Situation auf die Dauer aufrechterhalten werden kann – das erfordert zum Erhalt des Produktivitätsvorsprungs Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung, die in der Bundesrepublik in der Tat bereits seit drei Jahrzehnten vernachlässigt werden. Auch die Anhebung des Forschungsetats bleibt solange eine Geste der Hilflosigkeit, wie überwiegend Ersatzforschung für die Wirtschaft vorgenommen wird: die deutsche Industrie investiert ein Drittel bis die Hälfte weniger in Forschung als die wesentlichen Wettbewerber (das Schrumpfen des Produktivitätsvorsprungs z.B. gegenüber Frankreich und England wundert unter diesen Umständen nicht), und die staatliche Förderung konzentriert sich auf die Schließung dieser Lücke durch anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung – andere Bereiche unterliegen dem allgemeinen Sparzwang.

Woher kommt dieser? Ein Land, das ein kontinuierliches, wenngleich geringes Wirtschaftswachstum aufweist (in relativen Größen; in absoluten Zahlen ist der Zuwachs per anno fast doppelt so hoch wie in den „goldenen Fünfzigern“), genießt ein langsam steigendes Volkseinkommen – kein Grund für Zahlungsprobleme. Die faktische Armut von Staat und Kommunen zeigt daher an, dass ein immer kleiner werdender Teil des produzierten

Wohlstands bei der öffentlichen Hand landet, und ein immer größerer in privaten Händen verbleibt. Seit Helmut Schmidt vertrauen die Kanzler dieser Republik darauf, dass „die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ seien – eine Rechnung, die in dieser Schlichtheit in den letzten 30 Jahren nie aufgegangen ist. Trotzdem sind diesem Credo folgend in Deutschland die Steuern so weit gesenkt worden, dass sie mit 21,7% der gesamten Wirtschaftsleistung die niedrigsten in Westeuropa sind, mit dem Resultat leerer Kassen und massiver Sparzwänge² - auch hier für die Wirtschaft also kein objektiver Grund, von „Standortnachteilen“ zu reden. Im Gegenteil gibt es durchaus noch Handlungsspielräume um die Mittel zu erheben, die für Zukunftsinvestitionen notwendig sind.

Die realwirtschaftliche Globalisierung stellt also einen Gewinn für die Bundesrepublik dar (und die Finanzmärkte könnten durch eine international abgestimmte Politik wieder unter Kontrolle gebracht werden, vgl. (Enquete-Kommission 2000). Insofern ist es verständlich, dass die bundesrepublikanischen Macht- und Funktionseleiten dem Neoliberalismus dort nachtrauern, wo er verblasst (gerade angesichts der ihn ersetzenden geopolitischen Orientierung, Kap. 2, die ihnen jedoch auch neue Entfaltungsmöglichkeiten bietet, Kap. 3) und ihn da zu erhalten suchen, wo es in ihrer Macht steht, d.h. in der nationalen und innereuropäischen Politik (Kap. 4).

2. Post-neoliberale Geopolitik: die Schwäche der Macht

Auf der internationalen Ebene ist das Paradigma des globalisierten Neoliberalismus seit einigen Jahren auf dem Rückzug; Seattle und Doha, das Scheitern des MAI und langsame Sterben der panamerikanischen Freihandelszone FTAA seien als Ereignisse genannt, die diesen Trend illustrieren. Obwohl die internationalen Globalisierungskritiker sicher zu dieser Entwicklung beigetragen haben, ist sie im wesentlichen Ausdruck innenpolitischer Entwicklungen der USA. Diese vertrauen zur Durchsetzung nationaler Interessen aus guten Gründen immer weniger auf ihren politischen Einfluss und eine wirtschaftliche Dominanz, und verlassen sich eher auf das Gebiet, in dem ihre Überlegenheit unbestreitbar ist: die militärische Schlagkraft. Dieser Wandel ist ein Anzeichen der akuten Schwäche der westlichen „Führungsmacht“, nicht ihrer vorgeblichen Stärke.

Der politische Hegemonieverlust der Vereinigten Staaten ist spätestens seit der weitgehend isolierten Invasion Iraks deutlich geworden. Es gelang ihnen nicht, eine breite Koalition oder auch nur eine Mehrheit im Sicherheitsrat für die Durchsetzung ihrer nationalen Eigeninteressen (so wie sie von der Administration wahrgenommen wurden) zu organisieren; weder die NAFTA-Partner Kanada und Mexiko noch die „kleinen“ afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten beugten sich dem politischen und finanziellen Druck. Ähnliche Ereignisse bei der Menschenrechtskonferenz in Durban, den Weltklimaverhandlungen, dem Weltgipfel von Johannesburg und der Handelsrunde von Cancun zeigen, dass die USA nach wie vor eine wichtige Nation sind, aber eben nur eine Nation unter vielen und keineswegs politisch hegemonial.

In ähnlicher Weise ist die wirtschaftliche Führungsrolle der USA geschwunden: niemand plant, eine ähnliche Wirtschaftspolitik umzusetzen wie die US-Administration, die binnen vier Jahren (2000-2003) den Haushalt von 2,4% Überschuss auf 4,6% Defizit gebracht hat, begleitet von einem steigenden Außenhandelsdefizit und wachsender internationaler Verschuldung. Die steigenden Ausgaben wurden zudem überwiegend nicht zur Belebung der Investitionstätigkeit eingesetzt, sondern gingen in Konsum- und Militärausgaben, bei gleichzeitiger Umverteilung der Einkommen von arm zu reich. Die US-amerikanischen Konsumenten/innen geben strukturell mehr aus, als sie erwirtschaften; der „Erfolg“ der US-Wirtschaft beruht auf geliehenem Geld. Dieses war in den letzten Jahrzehnten immer reichlich vorhanden, aber seit Herbst 2003 hat sich der Fluss der privaten Anlagen erstmalig umgekehrt: die Investoren verlassen Amerika.

² Auch einschließlich der Sozialabgaben liegen die Belastungen in der Bundesrepublik nach Angaben der OECD mit 36,4% im unteren Mittelfeld der OECD-Staaten.

Gegenüber den Währungen der Welt hat der Dollar in den letzten drei Jahren rund 15% verloren, gegenüber dem Euro rund 35%. Ursache dieser Schwäche ist neben dem Haushaltsdefizit das Leistungsbilanzdefizit der USA von 5% des BIP und die wachsende Auslandsverschuldung. Ursache der ungleichen Entwicklung ist die Tatsache, dass die Zentralbanken Japans, Chinas und anderer asiatischer Staaten 2003 zur Stützung ihrer Währungen und damit zum Erhalt der US-Konsumnachfrage nach ihren Produkten soviel Dollar gekauft haben, dass damit das halbe Bilanzdefizit des Jahres finanziert wurde, und das aufgrund ihrer spezifischen Motivation zu Preisen (Zinsen), die die Kursrisiken nicht widerspiegeln. Hören sie damit auf, z.B. weil ihre Bemühungen zu wenig Erfolg zeigen oder weil ihre Devisenvorräte zur Neige gehen, würde das zu einem Absturz des Dollarkurses führen, der wiederum ihre gehorteten Vorräte entwerten würde (The Economist 2003; 2004). Das würde zwar die Exportaussichten der US-Industrie mittelfristig weiter verbessern (alle wichtigen Branchen haben sich gegen kurzfristige Währungsschwankungen abgesichert), aber es würde das Ende des Konsumniveaus bedeuten, auf dem die gegenwärtige wirtschaftliche Erholung beruht: der Zustand der US-Wirtschaft ist fragil.

Angesichts dieser Verletzlichkeiten setzen die USA nicht länger auf Wettbewerb – von Subventionen bis Handelspräferenzen werden ökonomische Maßnahmen dem nationalen Interesse untergeordnet. So betont Robert Zoellnik, der US-Handelbeauftragte, die enge Verbindung seiner handelspolitischen Strategie mit Amerikas Zielen für Politik und Sicherheit, seinen Werten und Ansprüchen (Zoellnik 2002). Gleichzeitig droht er den Verhandlungspartnern in der WTO, dass die USA „nicht passiv ein Veto bei ihrem Bemühen zur Marktöffnung hinnehmen werden“. Angesichts der neuen Militärdoktrin von der Power Projection klingt das eher beängstigend. Die Sicherung des nationalen Interesses durch eine militärisch abgestützte Geopolitik dominiert zur Zeit ökonomische Ziele – zumindest da, wo sich Konflikte zwischen beiden nicht vermeiden lassen. Wirtschaftliche Erfolge, die durch militärischen Rückhalt erzielt werden, sind jedoch teuer erkauft, politisch wie ökonomisch. Die US-Militärausgaben betragen 365 Mrd. \$ (2,8mal so viel wie die Militärausgaben der EU-Staaten und 35 mal so viel wie die US-Entwicklungshilfe, mit steigender Tendenz: bis 2007 soll das Budget auf 440 Mrd. \$ steigen)(Rose 2002), zuzüglich der Kosten für innere Sicherheit, das „nation building“, die Truppen in Afghanistan und Irak, etc. Rechnet man alle sicherheitsbezogenen Ausgaben zusammen, so kommt man auf bis zu 55% des Gesamtbudgets (Pally 2002). Das ist nicht nur ein Problem für die US-Wirtschaft, sondern bedeutet insofern eine internationale Gefahr, als gerade eine wirtschaftlich geschwächte Macht mit imperialen Ambitionen versucht sein kann, statt politischer und wirtschaftlicher Mittel zur friedlichen Konfliktlösung militärische Maßnahmen zu ergreifen, um so ihre Stärken ausspielen zu können.

Das Verblässen des Neoliberalismus hat also nicht zu einer kooperativeren, sozial ausgleichenderen Weltordnung geführt, sondern zu einer, die von Geopolitik und neo-imperialen Phantasien geprägt ist. Europa als einer der „big players“ muss sich in diesem veränderten Umfeld neu positionieren, bezüglich seiner Außen-, und Handelspolitik, aber auch bezüglich der Wirtschafts- und Sozialpolitik seiner Mitgliedsstaaten, die ja von der Weltwahrnehmung neoliberaler Globalisierung geprägt ist.

3. Die Selbstbehauptung Europas

Der imperiale Wettstreit ist keine Alternative für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, und es ist auch nicht notwendig, sich auf ihn einzulassen. Aufgrund seiner historischen Erfahrungen wie seines institutionellen Aufbaus muss sich Europa durch intelligente Kompromisse statt durch Hegemoniestreben auszeichnen, ein Zusammenleben unter Partnern, nicht unter Wölfen organisieren helfen. Die Fixierung auch der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auf militärische Handlungsfähigkeit ist ein Pawlow'scher Reflex auf die militärisch orientierte Neudefinition von „Macht“ und „Legitimität“ in den USA – die dort verständlich ist, schließlich hat man politisch, diplomatisch und wirtschaftlich schon lange keine so klaren „Siege“ mehr einfahren können wie in Kabul oder Bagdad. Aber wieso sollte ein Europa diesem Kurs folgen wollen, das friedliche Kooperation, Suche nach gemeinsamen Interessen, Konfliktmoderation und –prävention seit Jahren als Erfolgsmodell – auch als

wirtschaftliches – erlebt hat? Wieso diese Übernahme des Drangs nach der *power projection* im Rahmen von NATO-Eingreiftruppe und Bundeswehrreform, warum die Fähigkeit zu weltweiten militärischen Eingriffen bei einer ausgeweiteten Definition von „Verteidigungsgründen“, von Interessenverletzungen bis zur Sicherheit, die am Hindukusch beginnt?

Was für ein Land muss man sein oder werden wollen, um seine Handlungsfähigkeit nach diesen Maßstäben zu bestimmen? Welche Ziele können so erreicht werden? Vermutlich nicht die, die ein von weltweiten Rohstoffimporten und Güterexporten abhängiges Land wie die Bundesrepublik (wie die Europäische Union) haben sollten – Kooperation und Ausgleich, friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit so vielen Staaten wie möglich. Langfristige Verträge und Kooperationsvereinbarungen (wie im Falle Iran) sind dabei allemal interessenaquätere Mittel, als der Führung der USA ins militärische Abenteuerium zu folgen. Abrüstungsvereinbarungen, Rüstungs- und Proliferationskontrollen liegen auch ohne (besser mit) Beteiligung der USA in europäischer Interesse, moderne, frei handelbare, teils satellitengestützte Kontroll- und Verifikationstechnologien könnten ein Beitrag der europäischen Industrie zu diesem Prozess sein, und ein lukrativer dazu (den Bedarf an Verifikationstechnik demonstrieren die „Erkenntnisse“ über die irakische Rüstung vor und nach der Invasion).

Trotzdem zögern viele Entscheidungsträger, sich von der Politik der Vormacht zu distanzieren, aus unterschiedlichen Gründen. Das Verhältnis zur Imperialmacht USA ist vielerorts von Ambivalenz bestimmt; es schwankt zwischen Eigeninteresse einerseits und in Deutschland dem Wunsch nach Konfliktvermeidung und Unterordnung angesichts der eigenen Konzeptionslosigkeit, in Frankreich dem Wunsch nach Normalisierung und in Russland dem Wunsch nach Anerkennung als gleichberechtigter Partner. Dennoch gibt es zwischen diesen drei Ländern weitaus mehr konvergierende Eigeninteressen, die auch längerfristig eine Kooperation als plausibel weil vielversprechend erscheinen lassen (Europäische Kommission 2004). Das gilt insbesondere dann, wenn Frankreich weiterhin seine traditionelle Unabhängigkeit pflegt, Deutschland die in den letzten Jahren begonnene Emanzipation fortsetzt und nach seinen Eigeninteressen fragt, und Russland die Chance ergreift, die in der Kooperation von CIS und EU liegen. Alle drei können nicht dabei gewinnen, sich im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen oder Bündnisstrukturen (NATO) den Interessen der USA unterzuordnen – dazu sind die transatlantischen Interessenkonflikte gegenwärtig zu groß.

4. Die neoliberale Globalisierung ist tot – es lebe der Globalisierungsdiskurs !

Die neoliberale Weltordnung zerfällt unter den Schlägen des ehemaligen Hauptprotagonisten, die Globalisierung ist Voraussetzung der Exportüberschüsse und nutzt insofern der Bundesrepublik mehr als sie schadet, und eigenständige Handlungsspielräume werden in der Außen-, Sicherheit- und Entwicklungspolitik ausgelotet – Deutschland und Europa scheinen sich vom geopolitischen Hegemonialanspruch der USA zu emanzipieren, das ist die neue internationale Situation.

National dagegen hat die neoliberale Welle in der Politik erst unter sozialdemokratisch-grüner Führung ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreicht; der *Globalisierungsdiskurs* dominiert, ist in der politischen Klasse sogar hegemonial, und stellt die Situation völlig anders dar. Demnach ist das Kapital extrem mobil, sucht sich die Standorte mit geringsten Steuerlasten für Firmen und mobile Spitzenverdiener, den wenigsten Umweltauflagen und den niedrigsten Sozialabgaben. Dieser vorgeblichen Tatsache (Kostenminimierung als Kriterium für günstige Investitionsbedingungen) steht jedoch entgegen, dass seit Jahrzehnten alle Umfragen unter Firmen nach den entscheidenden Kriterien für ihre Standortwahl sozialen Frieden, verlässliche Rahmenbedingungen, gute Infrastruktur und insbesondere qualifizierte Arbeitnehmer/innen weit vor fiskalischen Aspekten nennen – und Bildung wie Infrastruktur sind nun einmal mit Kosten verbunden, die durch Steuern finanziert werden müssen. Solche Fakten spielen jedoch im *Globalisierungsdiskurs* keine Rolle; Globalisierung ist eine „Disziplinierungsmethapher“, ein Kampfinstrument gegen abweichende oder gegenläufige Interpretationen der gegenwärtigen globalen

Umstrukturierung (Young 2004); die davon abgeleiteten „Wahrheiten“ sind unabhängig vom Realitätsgehalt der Analyse.

Globalisierung als Paradigma ist unmittelbar verbunden mit einer neoklassisch-orthodoxen Interpretationsperspektive, die so hegemoniale Deutungsmacht für die wirtschaftlichen Prozesse erhält und einen Grundpfeiler eines neoliberalen Politikverständnisses bildet. Da nach neoklassischer Lehre das sozioökonomische System immer einem Gleichgewicht zusteuert ist es ein Versagen des Einzelnen, wenn er/sie arm, krank oder arbeitslos ist – eine öffentliche Verantwortung und damit Handlungsnotwendigkeit *kann* nicht existieren, denn jeder Eingriff in den Markt stört die Bildung des Gleichgewichts und verschlechtert so die Lage, statt sie zu verbessern (nach dieser These besteht auch Arbeitslosigkeit nur, weil Arbeit zu teuer ist – konsequent wird nicht der Mangel an Arbeitsplätzen ins Visier der Politik genommen, sondern die vermeintliche Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen, und so Armut geschürt, vgl. Spangenberg 2003). Der Globalisierungsdiskurs so gibt eine bestimmte Realitätswahrnehmung vor und definiert damit die im Rahmen dieses Paradigmas zulässigen Identitäten, Verhaltensweisen und möglichen Handlungsspielräume. Die Förderung der individuellen Freiheit dient dabei als Metapher, die den Abbau gesellschaftlicher Solidarmechanismen verschleiern; die Privatisierung der Lasten wird – wie in einer Orwellschen Sprachkonstruktion nicht anders zu erwarten – nicht thematisiert. Die Beschreibung selbst wird zur politischen Kraft, unabhängig von ihrem Realitätsgehalt „the explanation itself has become a political force helping to create the institutional realities it purportedly merely describes“ (Piven 1995).

Die politische Fixierung auf eine Ökonomisierung der Politik im Sinne einer Unterordnung unter die aus dem neoliberalen Bild der Globalisierung abgeleiteten Handlungsrestriktionen ist die Essenz der gegenwärtigen Politik, so wie sie von der politischen Klasse der Bundesrepublik mit minimalen Akzentuierungsunterschieden übereinstimmend gefördert und umgesetzt wird. Was das bedeutet wird am ehesten durch einen Kurzurückblick auf die Geschichte der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik deutlich.

Soziale Marktwirtschaft als auslaufender Regulationsmodus

Das in Deutschland lange Zeit dominierende wirtschaftspolitische Konzept war die „soziale Marktwirtschaft“. Prominentester Vordenker war Alfred Müller-Armack, für den die soziale Marktwirtschaft einen anthropologisch fundierter Gesellschaftsentwurf darstellte, der die Freiheit des Marktes mit einem Katalog wirtschaftspolitischer Staatsaufgaben unter Betonung sozialpolitischer Ziele verbindet. Dazu gehört eine aktive Wettbewerbspolitik ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit; weitere Kernelemente waren die Mitbestimmung und die Vermögensbildung der Arbeitnehmer/innen. In diesem Sinne war „das Soziale“ der sozialen Marktwirtschaft nicht eine Ergänzungs- oder Korrekturmaßnahme, sondern Voraussetzung von Märkten und Kennzeichen des institutionellen Arrangements insgesamt. Ethische und politische, d.h. außerökonomische Ziele bilden demnach „Merkmale institutionellen Sinns“, auf denen unterschiedliche Wohlfahrtskonzepte beruhen. Diese werden durch einen politischen Prozess in Institutionen der Gesellschaft umgesetzt, die wiederum Sinn- und Zweckvorgaben für die Wirtschaft bilden und so Restriktionen konstituieren wie Handlungschancen eröffnen (Katterle 1999). Eine wesentliche Institution ist dabei ein Arrangement von Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Mitwirkung des Staates, das in den 1970ern als „konzertierte Aktion“ firmierte und zur Jahrhundertwende als „Bündnis für Arbeit“ scheiterte.

Die Gesamtheit dieser Regulierungen ist dabei so zu gestalten, dass sie als evolutionäre Entdeckungsprozesse institutionalisiert werden und so den Markt da ergänzen, wo er Schwachpunkte aufweist. Dieser Ansatz verbindet gestaltende Richtungsgebung durch Setzung von Rahmenbedingungen (Kontextsteuerung) mit der Mobilisierung von Selbstorganisationspotenzialen und deren Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft, ihre Wohlstandsmodelle und Arbeitsformen, Gerechtigkeitsvorstellungen und Leitbilder sind demnach lernende soziale Systeme, die aufeinander abgestimmt sein müssen. (Katterle 1999). Die sich auf dieser Grundlage entwickelnde wirtschaftliche Expansion profitierte von der wachsenden Nachfrage durch

eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik wie von den durch eine unterbewertete Währung erleichterten Exporten; hohes relatives Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitszeiten sorgten für Vollbeschäftigung trotz steigender Arbeitsproduktivität. Das Wirtschaftswachstum wurde unterstützt durch einen Realzins unterhalb der Wachstumsrate (d.h. Realkapitalinvestitionen waren trotz gesicherter Rendite vielversprechender als Investitionen in Finanzkapitalanlagen), sowie durch die korporatistisch abgesicherte Beziehung von Arbeit und Kapital. Seit der ersten Ölpreiskrise der früher 1970er Jahre und dem „middle-of-the-road-monetarism“ Helmut Schmidts in den 80er Jahren hat sich jedoch die Bedeutung der Zinsrate gewandelt: sie dient nicht mehr in erster Linie der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, sondern ist ausschließlich auf die Inflationsbekämpfung ausgerichtet, d.h. auf den Werterhalt der Geldvermögen.

Andere Bestandteile dieses Arrangement haben die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik bis in die 90er Jahre geprägt, mit abnehmender Bindungswirkung. Wie jedes Arrangement stellte es einen zeitlich begrenzten Kompromiss auf Basis der zum Ausgangszeitpunkt vorherrschenden Kräfteverhältnisse dar, mit dem Ziel, soziale Konflikte temporär zu überbrücken. Werden solche breit getragenen Kompromisse und Institutionen freiwillig akzeptiert, und damit zu Normen, die ohne weitere Begründung gültig sind, dann erfalten sie eine sich selbst reproduzierende Stabilität, werden zu einem Regulationsmodus (Alain Lipietz) oder einem Habitus (Pierre Bourdieu). Der Staat tritt häufig als Garant solcher Regulationsmodi und damit als friedenssichernde Instanz *nach Kompromissfindung durch die beteiligten Akteure* auf – gibt er diese Rolle auf (z.B. weil er eigene Vorstellungen davon hat, welche Dinge tariflich und welche betrieblich geregelt werden sollten, um ein aktuelles Beispiel zu nennen), so wird er zum Risikofaktor für *alle* Beteiligten.

Deren Angelegenheit ist es, bei veränderten Verhältnissen neue Aushandlungsprozesse zu beginnen (die Unsicherheit der Ergebnisse, sowie die hohen Transaktions-Kosten solcher Verhandlungen und ihrer Umsetzung führen dazu, dass von allen Seiten ein Kompromiss zwischen Aktualität und Verlässlichkeit angestrebt wird). Bestehende Arrangements werden – je nach Situation – formell oder informell gekündigt, und in einem konfliktreichen, unstetigen und ergebnisoffnen Transitionsprozess ein neues Arrangement entwickelt (Whiteside 1996). In diesem Sinne stellte die Kohl'sche Regierungspolitik lange Zeit den Versuch dar, diesen Regulationsmechanismus schrittweise zu unterminieren, ohne seine Grundausrichtung explizit (und das ist im Diskurs von Bedeutung!) in Frage zu stellen³.

Dieser Mechanismus der iterativen Aushandlung bleibt in Kraft, solange alle Seiten ein Arrangement wollen – wobei das Streben nach *Arrangements*, die breit getragen werden können, eine europäische Kulturleistung ist (vergleichbare, und noch stärker ausgeprägte Balancekulturen haben z.B. viele asiatische Zivilisationen entwickelt). Dem steht heute international das angelsächsische *Siegermodell* des „the winner takes it all“ gegenüber, das die strategische Zuspitzung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses (und der ihn stützenden neoklassischen Wirtschaftstheorie) darstellt. Es sucht keine freiwillig akzeptierten Arrangements mehr, sondern Sieg oder Niederlage – der Unterlegene muss sich in das vom Sieger bestimmte Arrangement fügen, bekommt Aufgaben und Restkompetenzen zugeteilt. Dieses ist dann kein selbststabilisierender Regulationsmodus, sondern mangels Konsensfindung eine instabile Situation, die zu häufigen Umbrüchen neigt. In der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik überlagern sich beide Konflikte, der um den Modus der Auseinandersetzung und der um die Lösung von politischen Streitfragen gemäß dem einen oder anderen Modus. Gerade in den sozialpolitischen Konflikten und den Tarifaueinandersetzungen der letzten Jahre konnte zeitweise der Eindruck entstehen, dass die Akteure unterschiedliche Kämpfe auf unterschiedlichen Schauplätzen austrugen (was die Berechenbarkeit der Konfliktparteien und damit die Ergebnisfindung erschwert). Ein Beispiel für die Neudefinition der Rollen der sozialen Akteure unter dem „Siegerparadigma“ sind die Vorstellungen auf Arbeitgeberseite über die zukünftige Funktion

³ Den öffentlichen Paradigmenwechsel von „die Rente bleibt sicher“ zu „die Rente bleibt sicher für die jetzige Generation bezahlbar“ hat erst die Regierung Schröder vollzogen.

der Gewerkschaften, die auch von prominenten Sozialdemokraten geteilt werden. Danach sollten diese als Juniorpartner des Mainstream eine Rolle als Regulationsinstanz zur Sicherung des sozialen Friedens erhalten und so die Akzeptanz der neoliberalen Politik sichern (die Erinnerung an die Rolle der Gewerkschaften als „Transmissionsriemen der Partei“ im Staatssozialismus ergibt sich unmittelbar). In dieser Funktion wäre sie auch weiterhin in die politischen Prozesse eingebunden werden, aber unter der Voraussetzung des Verzichts auf einen eigenständigen politischen Gestaltungsanspruch (im Sinne einer Anwaltschaft für Arme, Arbeitslose etc.). Dem liegt ein „produktivistisches“ Wirtschaftsmodell zugrunde, das auf eine Maximierung von Produktion und Konsum bei gleichzeitiger Minimierung der gesellschaftlichen Einflüsse auf Investitionen, Handel und Arbeitsverhältnisse setzt: die Aufgabe der politisch-gesellschaftlichen Regulierung soll an den Markt delegiert werden.

Der damit einhergehende Wandel der Rolle des Staates in den letzten Jahrzehnten ist in der Bundesrepublik exemplarisch zu verfolgen. Der Staat entwickelte sich von einer zentralen gesellschaftlichen Planungsinstanz zunächst zum Rahmensetzer (Schmidt), dann zum *teilnehmenden* Beobachter mit Entscheidungsfindung im Küchenkabinett (Kohl) und weiter zum Mediator (Schröder I), also zu einer Form der konsensualen Entscheidungsfindung, teils unter Ausschluss von Dissidenten, und Delegation politischer Entscheidungen an nicht demokratisch legitimierte „Beraterkreise“ und „Kommissionen“. Die Ergebnisse sind als Kompromisse sakrosankt und werden von allen gemeinsam (also von niemandem) verantwortet, es herrscht eine „organisierte Verantwortungslosigkeit“. Die Kritik an diesem Modell führte zu einer recht abrupten Kehrtwende in der Politikform, hin zu einer Politik der normativen Instanz, die auch den gesellschaftlichen Gruppen Ziele vorgibt und verantwortlich, aber – vorgeblich – kompromisslos („basta“) Bedingungen setzt (Schröder II). In dieser Form der Politikdarstellung werden dann Aushandlungsformen, die vorher Stärken waren (Arbeitsteilung, Kompromissfähigkeit, ...), jetzt als Schwächen wahrgenommen, was zu Lasten der Glaubwürdigkeit des alten wie des neuen Modells geht.

Das „Siegermodell“ führt in der politischen Praxis über die Präferenz für andere Aushandlungsformen auch zu anderen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit und Sozialpflichtigkeit. Die Tatsache, dass dieses Modell als Ausfluss des hegemonialen Globalisierungsdiskurses *in weiten Kreisen der Politik einen Konsens darstellt*, ist die Grundlage des gegenwärtigen Um- und Abbaus des Sozialstaats. Allerdings wird diese Umdefinition der sozialen Verhältnisse von der Gesellschaft nur teilweise, langsam und wenn dann zeitverzögert übernommen. Die post-soziale Sozialdemokratie wird dann nicht als Vorreiter, sondern als Verräter an sozialen Werten wahrgenommen und durch Stimmzug entsprechend abgestraft. Da diese Stimmen angesichts des Konsenses der politischen Klasse jedoch auch keiner Partei zugute kommen können, ergeben sich ein Rückzug aus der Partizipation (Organisationsgrad und Wahlbeteiligung) und damit eine Schwächung der Demokratie insgesamt.

Arbeit und Sozialordnung in Zeiten einer ökonomisierten Politik

Dabei ist die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Koalition durchaus nicht von einer neoliberal-antietatistischen Deregulierung geprägt (das gilt auch in weiten Bereichen der Wirtschafts- und Strukturpolitik, wo einer Privatisierung und Deregulierung die Einrichtung von Kontrollkommissionen und Aufsichtsbehörden z.B. für Telekommunikation und zukünftig für den Energiemarkt gegenüberstehen: ein Ansatz, der angesichts der schlechten Erfahrungen mit freiwilligen Vereinbarungen – Toll Collect, Klimaschutz – sicherlich Zukunft hat). Nach innen wird der „Staatsauftrag“ durchaus im klassisch-sozialdemokratischen Sinne als eine Kombination aus Stabilität und Vollbeschäftigung verstanden. Als Mittel zu diesem Zweck dient der aktivierende Staat, wobei „Aktivierung“ neben den bisher unzureichenden Fördermaßnahmen sowohl bedeutet, Menschen zur Erzeugung von „Arbeitsanreizen“ gezielt in Armut zu stürzen (allein mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung des ALG II rund 5% der Bevölkerung, eine historische Spitzenleistung), als auch ihr Verhalten durch die Verschärfung der Kontrollmechanismen zu überwachen. Durch Neudefinitionen der Arbeitslosigkeit wird die Zahl der Arbeitslosen

rechnerisch verringert (um 500.000 bis 600.000 von 11% auf 9,2% nach dem Beschluss des Bundeskabinetts, FR 2004) und durch administrative Ausgrenzungen die Anzahl der Registrierten; statt dessen erhöht sich die Zahl der Resignierten, die jedoch durch den Ausbau der Überwachungsmechanismen unter Kontrolle gehalten werden: die Stabilität ist gewährleistet.

Diese Vorgehensweise ist nicht neoliberal, sondern ein sozialdemokratisch-europäischer Gegenentwurf zu Konzepten des auf seine „Kernfunktionen“ reduzierten schlanken Staates. Dieser wird in europäischer Tradition in die Verantwortung genommen, einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Bürger/innen und dem Gemeinwohl herzustellen, mit zwei Besonderheiten. Nicht mehr die Bedürfnisse der Bürger/innen werden als Konstante betrachtet, an die politische Strukturen anzupassen seinen, sondern umgekehrt: Der Politik sind die Hände gebunden, sie hat keine Gestaltungsspielräume, ist Exekutorin von Sachzwängen und muss den Bürgern/innen nur vermitteln, dass die ihnen zugemuteten Härten unvermeidlich sind. Gelingt dies nicht, handelt es sich nicht um Politikversagen, sondern um einen Kommunikationsfehler.

Zum zweiten wird das Gemeinwohl nicht mehr als ein politischer Begriff der Makroebene verstanden, sondern individualisiert und ökonomisiert: Gemeinwohl ist, wenn viele gut verdienen – und wer das erreichen will, muss der Wirtschaft soweit wie möglich entgegenkommen. Weder Sozial- noch Kulturstaat bilden dem gegenüber eigenständige Ziele; ihre Protagonisten sind „Modernisierungsverweigerer“.

Die Individualisierung von Wohlstand und Verantwortung ist Teil des Schwundes bzw. Abbaus von Gesellschaftlichkeit (Matzner 2002). Es erfolgt eine Dreiteilung in privilegierte Eliten, nicht privilegierte Mehrheit und unterprivilegierte Minderheit, deren zunehmend prekäre Situation die Mehrheit nicht beunruhigt. Aber auch diese besteht eher aus Individuen mit Pflichten denn aus Bürger/innen mit Rechten. Dabei werden die gesellschaftlichen Verhältnisse den gemäß dem Globalisierungsdiskurs und einem neuen „Standortnationalismus“ unvermeidlichen Zielen angepasst, z.B.

- Machtverhältnisse: Arbeitnehmerrechte, Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Gehalts- und Arbeitszeitverhandlungen bei denen, die erpressbar und nicht berechtigt sind, zum Streik aufzurufen (Betriebsräte),...
- Verwertungsverhältnisse: Ausrichtung der Bildung auf Verwertung, Selektion nach sozialer Herkunft, Elitenförderung, individuelle Pflicht zur *employability* statt betrieblicher oder öffentlicher Fortbildung,
- Bevölkerungsverhältnisse: Migrations-, Ausländer- und Asylpolitik haben sich lange vom Gedanken der Gleichstellung verabschiedet.

Das ist nicht der Regulationsverlust durch Globalisierung, nicht der schlanke Staat des Neoliberalismus, sondern der Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse den Zielvorgaben des Globalisierungsdiskurses anzupassen. Es handelt sich um einen gesellschaftsfreien, individualbasierten Etatismus mit autoritären Elementen. Gerade in Teilen der jüngeren Generation, die von Beginn an unter diesem Leitbild der Politik aufgewachsen ist, trifft die individualistisch-konsumistische Neudefinition von Staatsaufgaben und bürgerrechten oft auf Resonanz. Sozialisation und ihre Veränderung mit der Zeit ist ein träger, d.h. langsamer, aber unumkehrbarer Prozess. Sie erfolgt immer für ein bestimmtes Regime von Sozialisationsbedingungen, einschließlich einer dominanten Regulationsstruktur. Unter den Regierungen Kohl und Schröder wird das von Politikern proklamierte, von der Wirtschaft prämierte und vom Staat als Handlungsnorm ausgezeichnete Modell des „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „die Verlierer sind selber schuld“ gesellschaftsfähig.

Der Wohlfahrtsstaat, der die Interessen seiner Staatsbürger (citoyen) schützt gerät ins Hintertreffen gegenüber dem Wirtschaftsstaat, der die Anliegen seiner Wirtschaftsbürger (bourgeois) vertritt – soziale Demokratie, „social citizenship“ und verfassungsrechtlich garantierte soziale Bürgerschaftsrechte sind auf dem Rückzug zugunsten von „market citizenship“ und Rechten, die nicht kodifiziert sind sondern durch den Markt hergestellt werden. Diese ergeben sich erst durch die Kommodifizierung aller Lebensbereiche (z.B.

durch die neuen Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose – wer sich der Nutzung seiner Arbeitskraft für beliebige Jobs widersetzt wird von staatlichen Schutzregelungen ausgeschlossen) und versprechen Wachstum und Vollbeschäftigung als Folge von Deregulierung und Sozialabbau. Dazu gehört, auf die Dekommodifizierung der Teils der gesellschaftlichen Arbeit zu verzichten, der in der Vergangenheit dazu dienen sollte, zumindest einen Teil der Ergebnisse der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion nach anderen Kriterien als nur nach der Kaufkraft zu verteilen (Chancengleichheit, Bildungsförderung, Sozialeinrichtungen etc.). Die „Wirklichkeit des Marktes“ bestimmt die Grenzen der politischen Solidargemeinschaft.

Der auf Rechten basierende Wohlfahrtsstaat wird zum auf Gnade basierenden Wohltäterstaat. Soziale Sicherheit ist nicht länger ein individuelles Recht und eine kollektive Pflicht, sondern wird zur individuellen Pflicht(vorsorge) mit kollektiver Kontrolle (pikanterweise wird dieser Rückfall hinter das späte 19. Jahrhundert mit einer wirtschaftlichen Globalisierung begründet, wie sie recht ähnlich bei Einführung eben dieser Schutzsysteme auch bestand). Bürgerrechte wie das Recht auf Arbeit und soziale Sicherung werden zu Bürgerpflichten vorzusorgen und jede Arbeit anzunehmen, unabhängig von Bezahlung und Qualifikation, zuzüglich des Rechts auf Konsum (nicht zu verwechseln mit Konsumentenrechten). Die Freiheit der Entscheidung über die eigene Lebensführung wird so auf Konsumentenfreiheit beschränkt (die für eine wachsende Zahl von Armen nicht länger zugänglich ist). Die Gestalt der freien Staatsbürger/innen bleibt zwar formal erhalten, aber die sozialen Rechte werden mit dem Ethos der Effizienz und der individuellen Selbstverantwortung als Freiheit von staatlicher Bevormundung (in Form von Unterstützung) neu konstituiert; Fürsorge- und Versorgungsdemokratie wird eine Absage erteilt. Diese neue Definition von Pflichten als Bedingung von Sozialtransfers lässt sich jedoch nicht ohne Kontrollen umsetzen: der Staat muss seine Untertanen kontrollieren, ob sie sich der auch der Unterstützung würdig erweisen. So entsteht ein neues Modell des europäischen Sozialstaats, das des *repressiven Wohlfahrtsstaats*.

Fazit

Mit dem Ende einer sozial-normativ verstandenen Idee von Gemeinwohl werden im marktlichen wie im nicht-marktlichen Sektor, in Erwerbs- wie in Nichterwerbsarbeit gemeinwohlbezogene Aktivitäten zurückgedrängt. Der Non-Profit-Bereich wird nicht wie in England oder Skandinavien gezielt gefördert (Genossenschaften gelten als vorgestrig), Eigenarbeit wird gefordert und als „Ich AG“ gefördert, Nachbarschaftshilfe und die Zusammenarbeit in sozialen Netze dagegen in die Nähe der Kriminalität gerückt, während gleichzeitig die Mittel für Sozialarbeit gekürzt werden. Zugespielt gesagt droht ein Ende der Gesellschaftlichkeit; die Gesellschaft in europäischen Sinn wird zwischen Staat und Markt zerrieben (Matzner 2002).

Dabei wäre in Anlehnung an die außenpolitischen Emanzipationsschritte mit der Perspektive der EU als eigenständiger Akteur in partnerschaftlicher statt imperialer Zusammenarbeit mit anderen Nationen und Regionen auch im Inneren eine andere Politik durchaus möglich. Diese Chancen werden jedoch verspielt, weil einerseits der hegemoniale Globalisierungsdiskurs die Sinne benebelt und Lösungen vortäuscht, wo nur neue Probleme warten, und andererseits weil diese virtuellen Handlungsrestriktionen in den Köpfen der Entscheidungsträger zu einer massiven sozialen Schlagseite in der Regierungspolitik geführt haben, ohne einen erkennbaren Sinn für Gerechtigkeit.

Auf diese Weise hat rot-grün nicht nur seine Glaubwürdigkeit verspielt, sondern auch die Chance für eine nachhaltige Politik. Die Grünen werden ab der nächsten Legislaturperiode (teilweise unverdient) eine halbwegs glaubwürdige Opposition im Bundestag abgeben – für die SPD wird es für nächste Jahrzehnt auch dafür nicht mehr reichen. Wer für eine nachhaltige Welt eintritt, muss jetzt auf die Einsichtsfähigkeit der Konservativen hoffen. Schade, SPD. Schade für Deutschland.

Quellen

- Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" (2000). Vorschlag zu Reform der Finanzmärkte, Dokument 14/73. Berlin, AG "Finanzmärkte": 8.
- Europäische Kommission (2004). Mitteilung der Kommission zu den Beziehungen zur russischen Föderation. Brüssel, Vorlage für den Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenpolitik am 23. Februar 2004: 8.
- Frankfurter Rundschau (2004). Berlin senkt Arbeitslosigkeit. Neue Statistik soll den Kreis der Jobsuchenden enger ziehen. Frankfurter Rundschau. Frankfurt: 11.
- Katterle, S. (1999). Stellungnahme zur Skizze eines sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsszenarios. Bielefeld: 5.
- Matzner, E. (2002). "Der Staat im Globalisierungsprozess." perspektiven ds **19**(1): 8-23.
- Meyers (1983). Großes Taschen-Lexikon. Mannheim/Wien/Zürich, Bibliographisches Institut.
- Pally, M. (2002). "Badewannen voller Nagelscheren." Frankfurter Rundschau **2002**(Sept. 11th): 17.
- Piven, F. F. (1995). "Is it global Economics or Neo-Laissez-Faire." New Left Review(213): 107-114.
- Rose, J. (2002). "'Enduring Freedom' oder 'gerechter Friede' ?" Wissenschaft & Frieden **20**(4): 56-59.
- Spangenberg, J. H. (2002). "After the Johannesburg Summit: Now that neo-liberalism is fading away, how to deal with geopolitics ?" INES Newsletter **39**(November 2000): 1-9.
- Spangenberg, J. H., Ed. (2003). Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunftsfähiges Deutschland. München, oekom.
- Sperber, K., Riegger, Daniel (2004). Massive Kritik an der Bundesregierung. Frankfurter Rundschau. Frankfurt: 7.
- The Economist (2003). "The not-so-mighty dollar." The Economist(Dec. 6th): 9.
- The Economist (2004). "Let the dollar drop." The Economist(February 7th, 2004): 11.
- Whiteside, K. (1996). "Regulation, Ecology, Ethics: The Red-Green Politics of Alain Lipietz." Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology **7**(3): 31-56.
- Young, B. (2004). "Globalisierung als "externer Schock"?" Forum Wissenschaft **21**(1): 6-10.
- Zoellnik, R. (2002). "Unleashing the trade winds." The Economist(December 7th, 2002): 25-29.

Zum Autor

Joachim H. Spangenberg, Volkswirt (Bremen), Ökologe (Essen), Biologe (Köln). Stv. Vorsitzender des Sustainable Europe Research Institute SERI Wien/Köln, Professeur invité, Université Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines. Forschungsschwerpunkt: Szenarien und Indikatoren integrierter, ökonomischer, sozialer, institutioneller und ökologischer Nachhaltigkeit